

(Beginn: 14.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der ersten Gedenkveranstaltung, die wir soeben abgehalten haben, eröffne ich die 90. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, zweier früherer Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 29. November verstarb im Alter von 82 Jahren Herr Otto Benner. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1978 bis 1990 an und vertrat für die SPD-Fraktion den Wahlkreis Oberpfalz. Während seiner Parlamentszugehörigkeit war er Mitglied in den Ausschüssen für Landwirtschaft und Forsten sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen. Im Februar 1984 war er Mitglied der Bundesversammlung.

Otto Benner überzeugte in seiner politischen Arbeit nicht nur durch Kompetenz und großes persönliches Engagement. Seine besondere Leidenschaft galt den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und seiner Heimatregion. Lange bevor Tschechien Mitglied der Europäischen Union wurde, setzte sich Otto Benner für Erleichterungen beim Grenzübergang ein. Über viele Jahre hinweg war er auch Landesvorsitzender des Verbandes Wohneigentum. Für seinen unermüdlichen Einsatz wurde Otto Benner mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Bayerischen Verdienstorden, der Bayerischen Verfassungsmedaille und dem Bundesverdienstkreuz.

Am 7. Dezember verstarb im Alter von 90 Jahren Herr Anton Dobmeier. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1990 an und vertrat für die CSU-Fraktion den Stimmkreis Nürnberger Land. Während seiner Zugehörigkeit zum Landesparlament war er Mitglied in den Ausschüssen für Fragen des öffentlichen Dienstes, für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Anton Dobmeier war ein leidenschaftlicher, beharrlicher Kämpfer für die Interessen seiner heimatlichen Region und ein verlässlicher Partner und Förderer der Lebenshilfe im Nürnberger Land. Bereits früh sammelte der Forst- und Staatswissenschaftler politische Erfahrungen im kommunalen Bereich, die er immer wieder auch in seine parlamentarische Arbeit im Bayerischen Landtag einbrachte. Besonders wichtig war ihm eine gute Infrastruktur abseits der Metropolen, weil er um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wusste. Beim Abschied aus der aktiven Politik mahnte

er an, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Auch im Ruhestand pflegte er die Nähe zur Politik, vor allem wenn es um Reformen im Forstwesen ging.

Der Bayerische Landtag wird den beiden Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen. -

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Landeswahlleiter hat mit Schreiben vom 1. Dezember mitgeteilt, dass Herr Kollege Gerhard Wägemann mit Ablauf des 4. Dezember 2011 auf sein Landtagsmandat verzichtet hat und damit aus dem Landtag ausgeschieden ist. Ich danke Herrn Kollegen Wägemann für seine engagierte parlamentarische Arbeit, die er über acht Jahre im Bayerischen Landtag geleistet hat, und wünsche ihm für seine neuen Aufgaben als Landrat viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Der Landeswahlleiter hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Jürgen Ströbel aus Rügland als Listennachfolger festgestellt. Seit 5. Dezember ist Herr Ströbel Mitglied des Bayerischen Landtags.

Es freut mich, Sie erneut in unserer Mitte begrüßen zu können, Herr Kollege. Von 2003 bis 2008 waren Sie bereits Mitglied des Hohen Hauses. Für Ihre weitere parlamentarische Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, spreche ich drei Glückwünsche aus.

Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 7. Dezember Herr Kollege Dr. Florian Herrmann und am 8. Dezember Frau Kollegin Christa Steiger.

(Allgemeiner Beifall)

Gestern konnte Herr Kollege Max Strehle einen halbrunden Geburtstag feiern.

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

"Zwischenbilanz: Wo bleibt die Energiewende?"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Diese wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet.

Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Anzahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Erster Redner ist nun Kollege Ludwig Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jetzt zu Ende gehenden zwölf Monate dieses Jahres waren von einer sehr turbulenten Energiepolitik gekennzeichnet. Vor noch nicht einmal einem Jahr haben die Bundesregierung und die Staatsregierung die damalige Laufzeitverlängerung als Revolution gefeiert. Die Revolution hat keine hundert Tage gehalten, als die Bundesregierung und die Staatsregierung von den Risiken der Atomkraft eingeholt wurden und ihren Weg Gott sei Dank korrigiert haben.

In diesem Zusammenhang wurde die Energiewende ganz groß verkündet. Sie wurde von der Bundeskanzlerin, der Staatsregierung und dem Ministerpräsidenten Seehofer auf den Schild gehoben. Sie sollte jetzt endlich gestaltet werden. Ein halbes Jahr nach der Regierungserklärung der Staatsregierung ist jetzt zu fragen: Was ist aus der angekündigten Energiewende eigentlich konkret geworden? Die Staatsregierung hat eine Energiewende angekündigt. Das bedeutet, dass man auch die Politik ändern muss. Dies ist bis heute aber nicht geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben zwar mit dem Wiedereinstieg in den rot-grünen Atomausstieg die richtigen Weichen gestellt. Aber die Weichen in Richtung Ausstieg zu stellen, heißt auch, die Weichen in Richtung Einstieg in erneuerbare Energien zu stellen.

Wenn man bei der Fahrt durch das Land mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern spricht, findet man überall die Bereitschaft, die Energiewende zu gestalten und tatkräftig anzufangen. Aber dann merkt man immer wieder, dass aus der Landeshauptstadt München kein richtiges Signal kommt, wie diese Energiewende umgesetzt werden soll. Das führt dazu - das ist in der Energiepolitik eine Seltenheit -, dass sogar eine Linie mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft besteht, deren Hauptgeschäftsführer Herr

Brossardt kürzlich zu dem Thema feststellte: "Es ist noch nichts passiert."

Das bestätigt unsere Auffassung: Im letzten halben Jahr wurde sehr viel angekündigt, aber das Einzige, was konkret umgesetzt wurde, ist die Gründung der bayerischen Energieagentur. Diese hat allerdings von Anfang an eine ganze Reihe von Konstruktionsmängeln.

Da ist zum einen die personelle Problematik. Beamte wurden aus mehreren Ministerien zusammengezogen. Man hat die Agentur einerseits dem Wirtschaftsministerium untergeordnet, andererseits aber einen Lenkungsausschuss gegründet, in dem fünf Ministerien mitreden sollen. Das kann so nicht funktionieren.

Zum anderen ist die Aufgabenbeschreibung für die Energieagentur zwar äußerst umfassend, gleichzeitig aber auch reichlich verschwommen. Eine klare Linie, ein roter Faden, wohin das Ganze führen soll, ist nicht erkennbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein deutlicher Appell an die Staatsregierung lautet, die Energieagentur nicht an die kurze Leine zu nehmen, sondern ihr mehr Freiräume einzuräumen, sie personell und finanziell gut auszustatten und Ideen und Konzepte entwickeln zu lassen, ohne dass stets ein wie auch immer parteipolitisch geprägtes Ministerium versucht, dort seinen Schwerpunkt einzubringen. So kommen wir nicht weiter, und so werden wir uns dieser Aufgabe nicht stellen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist allerdings noch nicht das Schlimmste, was die Staatsregierung bisher verbockt hat. Viel trauriger und gleichsam entsetzt macht uns, dass sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene einiges darangesetzt wird, die Energiewende zu unterlaufen und zu bremsen. Da gibt es zum einen den Energiekommissar Oettinger, der in einer Roadmap, die er diese Woche vorlegt, davon spricht, dass 40 neue Atomkraftwerke notwendig seien. Er weiß sicherlich gut genug, dass er keinen Investor finden wird, der diese Anlagen bauen möchte. Und was macht er nun? - Er bringt neue Subventionen für eine Technik, die 50 Jahre alt ist, in die Debatte ein. Und er spricht von einem Atomeinspeisegesetz. Das ist beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwarz-Gelb auf Bundesebene gibt ebenfalls ein sehr merkwürdiges Bild ab. Wir haben zum einen die Einigkeit zwischen Kauder und Brüderle, die fordern,

den Zubau an Solarstrom auf 1.000 Megawatt pro Jahr zu deckeln.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, haben Sie eigentlich einmal durchgerechnet, was das für Ihr eigenes Energiekonzept heißt? In Ihrem Energiekonzept gehen Sie von einem jährlichen Zuwachs von 700 bis 800 Megawatt aus, während Ihre Kollegen auf Bundesebene einen Deckel bei 1.000 Megawatt bundesweit fordern. Wie soll das funktionieren? Wenn das durchgeht, können Sie Ihr Energiekonzept im Frühjahr gleich wieder einstampfen.

Möglicherweise werden Sie nun einfach bei Ihrem Energiekonzept eine Passage austauschen; denn wie so oft in den letzten Monaten und Jahren sind Sie bei der Energiepolitik hin- und hergeschwommen. Man wusste nie genau, wohin Sie wollt. Möglicherweise ändern Sie diesen Passus im PV-Bereich. Aber damit verursachen Sie Planungsunsicherheit bezüglich der Energiepolitik für die Unternehmen in diesem Lande. Die haben Sie auch in den letzten Jahren immer wieder verursacht. Jetzt beginnen Sie eine Debatte auf Bundesebene zur Schaffung eines Deckels für den PV-Bereich. Dabei haben Sie sich doch erst vor Kurzem auf Bundesebene auf einen Zielkorridor von 3.500 Megawatt pro Jahr verständigt. Eine solche Unsicherheit darf nicht aufkommen.

Was heißt es denn im Grunde genommen, wenn Sie jetzt den Zubau deckeln? In den ersten drei Monaten eines Jahres kommt der Installateur nicht mehr vom Dach runter, und im Rest des Jahres herrscht Flaute. Das heißt, der Investor plant, investiert und baut, muss sich dann aber fragen, ob im Sommer noch Platz unter dem Deckel ist oder ob die Anlage später nicht mehr vergütet wird, weil er etwas spät dran war. Damit verursachen Sie keine Planungssicherheit, sondern reines Planungschaos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel für die raffinierte Unterwanderung der Energiewende ist Folgendes. Im Sommer hat eine ganze Reihe gesetzlicher Regelungen das Parlament passiert bis hin zum Thema Netzentgelt, das kürzlich wieder durch die Medien geisterte. Von diesem Entgelt sollen die großen Stromverbraucher befreit werden. Das bedeutet konkret für kleine Stadtwerke wie zum Beispiel die Stadtwerke Neuburg, dass sie rückwirkend zu Anfang 2011 auf das Netzentgelt zugunsten des Großabnehmers verzichten müssen. Das wären circa 750.000 Euro, nur 500.000 Euro könnten zum höher gelagerten Netzbetreiber weitergegeben werden. Das heißt, dieses kleine Stadtwerk bliebe auf 250.000 Euro sitzen, die es

ausgleichen muss. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir waren uns doch einig - so lese ich auch Ihr Energiekonzept -, dass wir die Stadtwerke stärken, nicht aber bremsen wollen. Das war der Auftrag.

Ein weiterer Bereich ist die EEG-Umlage. In diesem Rahmen sind energieintensive Industrien - circa 500 bis 600 - gestaffelt von der Umlage befreit. Und nun wird darüber nachgedacht, diese Anzahl zu verzehnfachen und immer mehr Industrien mit in diese Umlagebefreiung hineinzunehmen. Damit werden die Kosten der Energiewende auf die kleinen Bürgerinnen und Bürger und die Kleinunternehmen umgelegt. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf von den GRÜNEN: Unverschämt)

Wenn man das alles durchrechnet, wird sich vermutlich der Strompreis um einen Cent erhöhen, allerdings nur für die Kleinverbraucher.

Das Erstaunlichste an dieser Sache ist, dass das ganz ohne Not geschieht. Selbst bei der Vereinigung der industriellen Kraftwerkswirtschaft, also faktisch dem Lobbyverband der großen Stromabnehmer, besteht Konsens, dass aufgrund des EEG und der vorrangigen Einspeisung des Ökostroms in das Netz die Spitzenpreise an der Strombörse gefallen sind und auch unten gehalten werden können. Diese Firmen haben also einen Vorteil davon, sollen aber weiterhin von der Umlage befreit werden.

Zusammenfassend kann man feststellen - leider reicht die Redezeit nicht, um noch weitere wichtige Punkte anzusprechen -: Dem bayerischen Wirtschaftsminister ging die Unterstützung der Wirtschaft nicht weit genug; er wollte am liebsten gleich noch die Ökosteuer infrage stellen, um die Wirtschaft noch weiter zu entlasten. Das zeigt ganz deutlich, dass die Kosten auf die Kleinen umgelegt werden. Das kann es nicht sein. Und es zeigt auch, was das Netzentgelt angeht - das habe ich vorhin angesprochen -, dass Sie die kleinen Stadtwerke und Kommunen belasten, was wir keinesfalls wollten. Wir wollten die Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende stärken, wir wollten die Stadtwerke stärken, und wir wollten die Genossenschaften stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich bleibt festzustellen: Wenn die Energiewende in diesem Land vorangeht, ist das mit Sicherheit nicht das Verdienst der Staatsregierung, sondern der Bürgerinnen und Bürger, die in die Windkraftanlagen investieren, in Solaranlagen, in Biomasseanlagen und

die sich zu Genossenschaften zusammenschließen, um diese Wende zu gestalten und daran teilzuhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt viele Bürgermeister in diesem Lande, die gezielt an dieser Wende arbeiten. Deren Arbeit müsste man deutlicher unterstützen; man darf ihnen keine weiteren Bremsklötze vor die Füße werfen. Die Planungsunsicherheit, die diese Staatsregierung produziert, ist für ein Industrieland wie Bayern und für dessen Mittelstand beschämend.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Hartmann. Als Nächster hat Tobias Reiß von der CSU das Wort. Bitte sehr.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann dem Kollegen Hartmann in der Einschätzung durchaus zustimmen, dass in Bayern die Energiewende gerade durch örtliche und regionale Initiativen getragen wird und sich viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wie auch viele Kreistage aufgemacht haben, um in Bayern gemeinsam mit der Staatsregierung die Energiewende umzusetzen.

Wenn Sie nun eine Zwischenbilanz mit der Frage ziehen wollen: "Wo bleibt die Energiewende?", könnte man auch fragen: Wo bleiben die GRÜNEN bisher bei dieser Energiewende?

Mehr als dagegen zu sein, rumzumosern und ein Stück weit vor Weihnachten den Wunschzettel rauszuholen, war bisher nicht festzustellen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Kollege Hartmann, Sie wissen wie wir, dass die Energiewende nicht von heute auf morgen zu schaffen ist und dass wir Energiekonzepte brauchen, die nicht von oben nach unten verordnet werden können. Wir werden Akzeptanz, Verständnis und Engagement auf Dauer nur bekommen, wenn wir in einen engen Diskurs mit einem breiten Spektrum Betroffener eintreten, angefangen bei den regionalen Planungsverbänden über die Netzbetreiber bis hin zu Versorgern, Grundbesitzern sowie Vertretern des Natur- und Umweltschutzes, um gemeinsam koordinieren zu können. Dafür wurde auch die Energieagentur geschaffen, die Sie heute kritisiert haben. Sicher ist es richtig, dass die im Land entstehenden Aktivitäten noch stärker koordiniert werden müssen und dass die Koordination über die Energieagentur verstärkt wird erfolgen müssen.

Derzeit entstehen sehr viele Energienutzungspläne. Wir haben erst letzte Woche im Wirtschaftsausschuss auf Antrag der GRÜNEN über das Thema "Förderung von örtlichen und regionalen Energieagenturen" diskutiert und festgestellt, dass die Förderung über das Klimaprogramm Bayern 2020 verlängert wurde, dass in allen 18 Planungsregionen regionale, von Kommunen getragene Energieagenturen entstehen sollen und dass diese dann selbstverständlich von der Energieagentur des Freistaats koordiniert werden müssen, die als Ansprechpartner zur Verfügung stehen muss.

Der Umbau - da gebe ich Ihnen auch recht - unserer Energieversorgung muss selbstverständlich auch mit bayerischem Geld angeschoben werden. Hohe Millionenbeträge für die Energieforschung, unter anderem für neue Speichertechnologien, für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und für die Entwicklung moderner Effizienzkonzepte oder intelligenter Stromnetze werden erforderlich sein. Bayern wird in den nächsten fünf Jahren mehr als eine Milliarde Euro in die Energiewende und den Klimaschutz investieren. Nach dem Entwurf der Staatsregierung starten wir im Nachtragshaushalt 2012 mit zusätzlichen 127 Millionen Euro - für den Bereich Wirtschaft und Verkehr mit 40 Millionen Euro, für den Bereich energetische Sanierung staatlicher Gebäude mit 20 Millionen Euro, für den Bereich Umwelt und Gesundheit mit 22 Millionen Euro, beispielsweise für die ökologische Modernisierung von Wasserkraftwerken, für die Energiesystemforschung mit 23 Millionen Euro und für die Bereiche des Landwirtschaftsministeriums mit 20 Millionen Euro. Bayern wird damit seiner Führungsrolle beim Einsatz für die Energiewende in Deutschland auch bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel sicher gerecht. In Baden-Württemberg sieht es beispielsweise ganz anders aus. In einer Pressemitteilung aus dem Finanzministerium Baden-Württembergs lese ich, dass sich die rot-grüne Politik beispielsweise in 46,5 Millionen Euro für die Elektromobilität - das haben wir bereits in bestehenden Haushalten - oder in 11 Millionen Euro für die Umsetzung der Energiewende widerspiegelt. Damit wird man aber in diesem Bereich den Ansprüchen an einen Landeshaushalt sicher nicht gerecht.

Auch die steuerliche Förderung und Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung wird derzeit im Bundesrat mit den Stimmen der GRÜNEN verhindert, obwohl sicher unstrittig ist, dass das Potenzial hoch ist. Es gäbe keinerlei Einnahmeverluste, wie vorgetragen. Zuletzt hat das Forschungszentrum in Jülich festgestellt, dass die öffentliche Hand für jeden Euro, der 2010 in die Förderung des energieeffizienten Bauens und Sanierens geflossen ist, vier bis fünf Euro zusätzlich an Steuermitteln eingenommen hat.

Wir wollen in den nächsten zehn Jahren 50 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien decken. Sicherlich werden wir mit einer Deckelung gerade im Bereich der Photovoltaik nicht hinkommen - da gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Hartmann. Nichtsdestotrotz muss man aber erkennen, dass beispielsweise der Sachverständigenrat für Umweltfragen diese Deckelung schon im März angemahnt hat, wenn man in der Zukunft ein Energiesystem zu wettbewerbsfähigen Preisen, bezahlbar für Industrie, Gewerbe und die Bürger, schaffen möchte. Ich bin aber auch überzeugt, dass uns dieser Ausbau in Bayern gelingen wird und dass damit ganz andere Herausforderungen auf uns zukommen werden.

Wir hatten erst letzte Woche in der Energiekommission die Anhörung zu den Stromnetzen. Entscheidend für die Integration der erneuerbaren Energien ist der zügige Ausbau leistungsfähiger und intelligenter Übertragungs- und Verteilnetze. Darin waren sich alle Experten einig. Als ersten Schritt hat jetzt die Bundesnetzagentur die Berechnungen zur Entwicklung der Energiegewinnung in Deutschland bis zum Jahr 2022 vorgelegt. Darauf konnten erstmals auch Bürger Einfluss nehmen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Verbände hat das Szenario sicherlich deutlich verbessert. Auch hier stehen die erneuerbaren Energien und deren Ausbau im Mittelpunkt. Die Experten haben letzte Woche bestätigt - beispielsweise Herr Kohler von der Dena -, dass wir bis zu 4.500 Kilometer neue Übertragungsnetze brauchen und dass wir alle zur Verfügung stehenden Technologien von der Hochtemperaturtechnik bis hin zur Gleichstromtechnik ausnutzen müssen.

Vor welchen Herausforderungen wir tatsächlich stehen, zeigt sicherlich auch die aktuelle Witterung mit nahezu keinem Wind, viel Nebel und niedrigen Flusspegeln. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, Wind- und Sonnenenergie massiv auszubauen. Blicken wir auf die Prognosen für die Bundesländer, die letzte Woche vorgestellt wurden: In den nächsten zehn Jahren werden wir demnach rund 140.000 Megawatt installierte Wind- und PV-Leistung haben. Angesichts einer Minimallast von rund 35.000 Megawatt wissen alle, dass wir beim Ausbau der Netze und der Speichertechnologie noch Großes vor uns haben. Um das zu begleiten und den Prozess in Bayern aktiv mitzugestalten, ist sicherlich auch die Energiekommission eingerichtet worden. Unser gemeinsames Ziel dort ist es, eine nachhaltige Energiewende voranzubringen, die sowohl ökologischen als auch ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten gleichermaßen Rechnung trägt. Dafür ist sicher auch die konstruktive Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen, aller Ebenen und natürlich aller Fraktionen und Parteien erforderlich.

Wir haben zu Beginn der Arbeit in der Kommission mehrfach betont, dass wir bei dieser Jahrhundertaufgabe auf parteitaktische Manöver verzichten wollen und uns überwiegend auf die Sache konzentrieren sollten. Ich möchte mich insbesondere bei den Kollegen von der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN und bei meinen eigenen Kollegen für die bisher sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Dem Anspruch dieser Zusammenarbeit werden meines Erachtens, lieber Ludwig Hartmann, die GRÜNEN aktuell aber nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wenn ich mir den polemischen Blog zur Kommission im Netz ansehe, in dem Sie sich über die teilnehmenden Fraktionen und die Experten mokieren, sollten wir uns darüber Gedanken machen, dass zwar eine kritische Begleitung des Themas sicher sowohl hier im Hohen Haus als auch in der Energiekommission wichtig und richtig ist, aber auch darüber, ob das, was wir uns selbst auf die Fahnen geschrieben haben, erreicht werden kann, wenn Sie in der Öffentlichkeit mit der Kommission so umgehen. Das glaube ich nämlich nicht, und das glauben sicherlich auch die Bürgerinnen und Bürger nicht, wenn wir nur Kritik um der Kritik willen üben.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir sollten uns verabschieden vom kategorischen Klagen und vom destruktiven parteipolitischen Geplänkel und gemeinsam am Ziel der Zukunft unseres Landes arbeiten und die Energiewende gemeinsam voranbringen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Ludwig Wörner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal spreche ich die Arbeit in der Kommission an. Wir haben gesagt, dass wir konstruktiv arbeiten wollen. Gelegentlich muss man aber innehalten und fragen: Wo stehen wir, und was führt zu was? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich die vom Kollegen Reiß zitierte Anhörung genau vor Augen führt, muss man feststellen, dass man dank der Ideologie, an Atomkraft festzuhalten, zehn Jahre verspielt hat.

(Beifall bei der SPD)

Man hat zehn Jahre durch eine falsche Ideologie verspielt, wie sich herausstellt. Gott sei Dank haben wir davon Abschied genommen. Das soll man nicht ganz vergessen; denn gerade die großen Energieversorgungsunternehmen haben sich zurückgelehnt und gesagt: Mit Schwarz-Gelb bekommen wir das wieder gebacken; die Laufzeiten werden wieder verlängert; wir müssen nichts tun. Genau das wird ihnen jetzt und wird uns allen zum Verhängnis. Das heißt, wir müssen jetzt erst den Schwung holen, den wir seit zehn Jahren haben könnten. Das ist versäumt worden, meine Damen und Herren.

Dazu möchte ich schon ein paar kritische Bemerkungen machen, die nicht nur das bayerische, sondern auch das Bundesparlament betreffen. Unseren Haushaltswünschen begegnet man, indem man sie alle pauschal ablehnt. Im Sommer war das der Fall, als es nur darum ging, wie man es organisieren könnte, dass das Energiesparen besser beworben wird. Dazu, dass der Spargedanke überhaupt noch nicht in den Köpfen der Menschen ist, kann ich Ihnen ein Beispiel nennen: Im neuen Gebäude des ADAC München brennt seit September rund um die Uhr das Licht, ohne dass jemand darin arbeitet, mit der Begründung, dies geschehe aus Sicherheitsgründen; sonst werde zu viel gestohlen. Offensichtlich weiß man beim ADAC nicht, dass es Vorhängeschlösser gibt. - Dies nur als Beispiel dafür, warum wir solche Maßnahmen haben wollten. Das haben Sie abgelehnt.

Sie haben einen kompletten Nachtragshaushalt zur Energiewende abgelehnt, der notwendig gewesen wäre, um zumindest einmal etwas zu beginnen und zum Beispiel sicherzustellen, dass die Energieagenturen in den Landkreisen finanziert werden.

Sie haben die Wiedereinführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für Solarkraftwerke auf Ackerflächen abgelehnt. Herr Minister Zeil, dazu muss ich Ihnen schon sagen: Sie haben einem Landwirt geschrieben, Sie würden sich dafür einsetzen, dass es wieder eingeführt wird. Komischerweise haben Sie sich aber dann im Bund anders verhalten. - Ich meine jetzt nicht Sie als Person, sondern Ihre Partei. Sie müssen jetzt diesem Landwirt und vielen anderen Landwirten, die sich darauf verlassen haben, dass es wieder eingeführt wird, erklären, warum Sie letztlich etwas ganz anderes gemacht haben.

Dasselbe gilt in Bezug auf Onshore-Windanlagen. Wir wollten keine Kürzung der Förderung, sondern eine bessere Förderung. Was haben Sie gemacht? - Sie haben das abgelehnt, obwohl Bayern als Binnenland genau das dringend gebraucht hätte, um sicherzustellen, dass bei nicht so windhöffigen Anlagen das Gleiche gilt wie bei Offshore-Anlagen. Offshore-Anlagen

haben permanent Wind, das heißt, sie benötigen keine so hohe Förderung. Ganz im Gegenteil, wir hätten für die Windanlagen in Bayern eine bessere Förderung gebraucht.

Jetzt kommt der Oberhammer: Vor zwei Wochen sagte die Fraktionsspitze von Schwarz-Gelb im Bundestag - da gibt es einen Brief an das Wirtschafts- und Umweltministerium -: Reduzierung der EEG-Vergütung für Photovoltaikanlagen, Absenkung der Vergütung für kleine Biogasanlagen. Das neue EEG, das zum 1. Januar 2012 in Kraft treten soll, stellen Sie bereits jetzt wieder infrage. So etwas nennt man dann Zukunftssicherheit, so etwas nennt man dann Zuverlässigkeit von Politik.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie machen, ist eines Wirtschaftsministeriums nicht würdig. Sie verunsichern die Wirtschaft und jene, die kaufen wollen, und jene, die kaufen sollen und mit denen wir die Energiewende voranbringen wollen. Sie tragen eine Verunsicherung in den Markt, die letztlich Unternehmen ruiniert. Dafür sind Sie in diesem Moment verantwortlich, und Sie werden im Übrigen mit der Deckelung bei der Photovoltaik Preistreiber. Die Unternehmen, die so etwas montieren und herstellen, wissen genau, dass im ersten Vierteljahr der Hype kommt, und somit werden auch die Preise angepasst. Das nennt man freie Wirtschaft oder Wettbewerb oder Marktwirtschaft. Aber Sie stören mit Ihrem Verhalten diesen Markt dadurch, dass Sie Preise hochtreiben. Danach geht das Ganze wieder in den Keller.

(Zustimmung bei der SPD)

Das heißt: Keiner, der glaubt, er könne nach dem 1. Januar 2012 eine Photovoltaik-Anlage aufstellen, weiß, ob er dafür, wenn sie montiert ist, überhaupt noch Förderung erhält, weil möglicherweise eine Deckelung eingeführt wird - wogegen wir sind, das wissen Sie auch -, und man sich deshalb nicht auf die Förderung verlassen kann.

Wenn das eine bayerische Landesgruppenvorsitzende - ich meine Frau Hasselfeldt - macht, so wundert mich das ganz besonders. Sie müsste ein großes Interesse daran haben, dass wir in diesem Bereich vorwärtskommen und nicht die Bremse anziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir fahren jetzt bei den regenerativen Energien mit angezogener Handbremse. Das kann es nicht sein, weil das einfach unzuverlässig ist und weil das - ich

sage es noch einmal - die Entwicklung der Märkte ganz massiv stört.

Über die Umverteilung im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich über die Umverteilung von Geld weg von denen, die viel Strom brauchen, hin zu jenen, die wenig verbrauchen, kann man beim EEG durchaus diskutieren. Über die Durchleitungsgebühren werden wir am Donnerstag noch einmal reden. Aber, meine Damen und Herren, selbst die Bürgermeister von der CSU beschwerten sich, wenn man der "Staatszeitung" glauben darf, massiv über dieses unsoziale Verhalten, das hier an den Tag gelegt wird, indem man die Kleinen zulasten der Großen belastet und sagt: Nun ja, das wird sich schon irgendwie richten. Meine Damen und Herren, wir waren uns in der Energiekommission darüber einig, dass die Umgestaltung und die neue Energiezukunft sozial sein müssen. Sozial ist es wahrlich nicht, wenn man die Kleinen belastet und die Großen außen vor lässt.

(Beifall bei der SPD)

Ganz im Gegenteil müssen wir dafür sorgen, dass es eine faire, gleichmäßige Verteilung gibt. Wir glauben - ich sage das nur, damit kein falscher Zungenschlag hineinkommt -, dass jene, die bisher entlastet wurden, zu Recht entlastet wurden; aber mehr hätten es bitte schön auch nicht sein müssen. Denn jetzt laden Sie alles auf den kleinen Mittelständlern ab, die sich zu Recht schon alle zur Wehr setzen und sagen: Wir sollen die Lasten derer tragen, die viel verbrauchen. Wir dürfen das mit bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sollten noch einmal überlegen, ob das der richtige Weg ist. Wir meinen, nein. Wir wollen eine Energiewende, die von allen mitgetragen wird und die nicht durch Preiserhöhungen für den kleinen Mann und die kleine Frau dafür sorgt, dass Missstimmung gegen den Umstieg aufkommt; denn diese Menschen erleben doch nur, dass ihre Energierechnungen steigen, aber nicht dadurch, dass Energie wirklich teurer wird, sondern weil man umverteilt und umverlagert. Das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns auch noch mit der Förderpolitik auseinandersetzen. Herr Minister Zeil, Sie wissen, dass es in Bayern Unternehmen gibt - ich nenne nur Hamann-Turbinen -, die nicht gefördert werden, obwohl sie mehrmals einen Antrag gestellt haben, weil sie das Eigenkapital aufgebraucht haben. Dieses kleine Unternehmen hat man nicht gefördert. Dann ist der Unternehmer nach Österreich gegangen, und dort läuft jetzt seine Turbine. Das nennen wir Energiewende: Das, was in Bayerns Köpfen entwickelt wird, lassen wir ins Ausland gehen; denn

dort wird es gefördert und bei uns nicht. Aber dann kann man im Bericht des Rechnungshofs nachlesen: Fünf Projekte wurden begutachtet. Dabei hat man Geld im wahrsten Sinne des Wortes in den Wind geschossen, weil nur die Ziele erreicht wurden, die bestimmten Unternehmen dienen, aber nicht allen und der Gesellschaft. Wir verstehen Leuchtturm- und Forschungsprojekte so, dass wir sagen: Alle müssen etwas davon haben. Wenn das nicht der Fall ist, können wir sie bleiben lassen; denn dafür haben wir keine Steuergelder.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn ich das Notat richtig lese, hat man das offensichtlich auch in Ihrem Haus erkannt und will das ändern. Aber es darf halt nicht mehr passieren, dass wir einzelne Unternehmen, denen es eigentlich gar nicht so schlecht geht, fördern, weil sie kluge Anwälte haben, die wissen, wie man Förderanträge stellt, und am Ende kommt dabei heraus, dass jene gefördert wurden, die es eigentlich gar nicht gebraucht hätten. Die melden dann vor allen Dingen sofort ein Patent an, sodass keiner mehr heran kann, damit das Wissen, das dabei entwickelt worden ist, nicht aus dem Haus geht; denn das läuft dann unter Betriebsgeheimnis.

Das war nicht unser Ziel. So wollen wir das nicht haben, weil wir glauben, dass es anders besser ist. Wir meinen, wir müssen dafür Sorge tragen, dass es erstens sozial zugeht, dass es zweitens ökonomisch und ökologisch für alle und nicht bloß für Einzelne passt. Wir dürfen nicht permanent irgendwelche Klientele bedienen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass das von allen gemeinsam getragen wird. Das ist nur dann möglich, wenn es nicht zu zusätzlichen Belastungen zugunsten einiger weniger kommt; denn das geht schief.

Ein letztes Wort zur energetischen Sanierung. Der Kollege hat gerade gesagt, im Haushalt werde hierfür eingestellt. Aber, Herr Kollege, Sie haben nicht dazu gesagt, dass es weniger ist, als es bisher war. Wir brauchen für die energetische Sanierung künftig erheblich mehr Mittel als bisher.

(Beifall bei der SPD - Erwin Huber (CSU): Blockierer und Sprüchemacher!)

- Herr Huber, ich glaube, da können Sie nicht mitreden.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen müssen wir die Ergebnisse der energetischen Sanierung einmal gründlich hinterfragen und

untersuchen, ob wir die Ziele mit dem Geld, das bezahlt wird, auch tatsächlich erreichen. Ich habe nämlich das Gefühl - das ist nicht nur mein Gefühl -, wir setzen 70 % bis 80 % des eingesetzten Geldes in den Sand, weil die Ziele, die wir vorgeben, überhaupt nicht erreicht werden. Wir werden demnächst einen Antrag stellen, dies einmal zu evaluieren. Ich halte das für dringend geboten. Sonst erleben wir möglicherweise am Ende des Tages große Überraschungen und sehen, dass wir viel Geld für nichts ausgegeben und in den Sand gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Als Nächster hat Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Uslucan für seine mahnenden Worte, für seine beeindruckende Rede hier in diesem Hause bedanken.

Wir sprechen heute über die Energiewende und darüber, was uns antreibt und wie wir diese Energiewende voranbringen. Letzte Woche stand ich hier am Redepult und sprach vom roten Faden, der uns fehlt und den wir brauchen, um über Energieleitpläne die Energiewende in alle Regionen Bayerns zu bringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch heute ermahne ich Sie wieder dazu. Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister, wir FREIE WÄHLER halten es für den falschen Weg, dass unsere Kommunen, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise im Lenkungsausschuss nicht vertreten sind. Es wäre wichtig, dass sie im Lenkungsausschuss vertreten sind. Wir sprechen immer davon, dass wir die Regionen brauchen, um die Energiewende zu verwirklichen. Ich glaube, jeder in diesem Hause ist sich dessen sicher, dass wir die Energiewende nicht schaffen werden, wenn unsere Gemeinden, Landkreise und Regionen nicht mitmachen.

Wir haben zum Haushalt einen Antrag gestellt, dass in jedem Landkreis eine Energieagentur eingerichtet werden soll. Daher bitte ich Sie: Machen wir uns doch auf den Weg. Die fünf Energieagenturen, die wir jetzt in Bayern haben, sind einfach zu wenig. Damit bekommen wir das, was die Bürger und die Gemeinden haben wollen, nicht realisiert. Ihnen fehlen nämlich Ansprechstationen, damit sie ihre Ideen verwirklichen können. Deshalb ist der Bayerische Landtag gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie in die Energiewende einsteigen können.

Wir fordern nicht mehr Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir FREIE WÄHLER haben den Antrag gestellt, dass der Zerlegungssteuersatz geändert werden soll. Jetzt ändern wir ihn endlich für Windräder. Das hat uns keinen Euro gekostet. Wir stellen den Zerlegungssteuersatz auf 70 zu 30 um. Wer die Last trägt, bekommt auch die Gewinne.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir machen immer wieder Vorschläge, die in diese Richtung gehen. In der letzten Woche haben wir in der Enquete-Kommission darüber gesprochen, wie wir die Netzbetreiber dazu bekommen, dass sie einen höheren Investitionsanteil leisten, um die Verteilungsnetze und die Höchstspannungsnetze fit zu machen und auszubauen. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, dass auf Bundesebene eine Regelung geschaffen wird, nach der die Netzentgelte wie in anderen europäischen Ländern jährlich fließen, dass der Fluss der Netzentgelte evaluiert wird und dass der Investitionsanteil schneller zurückfließt. Wenn nämlich das Basisjahr falsch liegt, bekommt der Investor oder Netzbetreiber seinen Investitionsanteil sieben Jahre lang nicht zurück. Das ist schwierig. Deshalb werden wir die Netzbetreiber auch nicht gewinnen können. Wir müssen hier einen rein politischen Gedanken in die Tat umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bei der Windkraft große Aufgaben. Ludwig Wörner hat davon gesprochen, dass wir dafür im EEG eine höhere Vergütung brauchen. Momentan haben wir Folgendes gemacht: Wir haben bei Verabschiedung des EEG in der jetzigen Fassung den Nordländern den SDL-Bonus obendrauf gegeben. Kollege Wörner hat es vorhin nicht ganz beschrieben. Der SDL-Bonus bedeutet, dass die Länder im Norden auf ihren Cappuccino eine zweite Sahnehaube bekommen, die sie gar nicht brauchen. Uns im Binnenland fehlt aber diese zweite Sahnehaube, um die Windräder wirtschaftlich zu betreiben. Deshalb muss die Vergütung der Windräder im Norden anders sein als in den Südländern.

Als Letztes wurde die Gebäudesanierung angesprochen. Wir alle stehen vor dem Fest der Liebe, das unsere Herzen wärmen wird. - Ich hoffe, auch mein Herz. Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Nachtragshaushalt mehr Geld für die Energiewende und für die Wärmedämmung von Gebäuden auszugeben. Damit wird nicht nur das Herz warm, damit werden auch die Gebäude warm. Für den Nachtragshaushalt brauchen wir die klare Erkenntnis, dass die Energiewende ernst gemeint ist. Mit bayerischem Geld werden wir sie zustande bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Glauber, für diese herzerwärmenden Ausführungen. Als Nächster hat Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

(Christine Stahl (GRÜNE): Jetzt wird's kalt!)

- Keine Vorverurteilung bitte!

(Christine Stahl (GRÜNE): Ihn kenne ich zu gut!)

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir wird heiß und kalt, wenn ich die Beiträge der Opposition höre. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den GRÜNEN dafür, dass wir heute erneut die Gelegenheit bekommen, die Erfolge und die Vorreiterrolle Bayerns bei der Energiewende darzulegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn Sie schon Ihre Augen vor der Realität verschließen, dann spitzen Sie bitte hier wenigstens die Ohren. Vielleicht können Sie etwas lernen.

Bayern ist Vorreiter. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in Bayern ist im bundesdeutschen Vergleich ganz vorne. Mit dem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ist Bayern im bundesdeutschen Vergleich ganz vorne dabei. Jede dritte Photovoltaikanlage steht in Bayern. Jeder dritte Sonnenkollektor steht in Bayern. Bei der Geothermie sind wir Technologieführer. Nehmen Sie diese Fakten bitte einfach einmal zur Kenntnis, statt ständig deswegen beleidigt zu sein, weil wir das realisieren, was Sie seit Jahren wollen.

(Ludwig Wörner (SPD): Bei Rot-Grün ist das so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, eigentlich hätte die Frage heute lauten müssen: Wo blieb denn die Energiewende? Rot-Grün hat damals ein Gesetz gemacht, mit dem die Atomkraftwerke abgestellt werden sollten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Darin sind wir uns einig!)

Weiter sind Sie nicht gegangen. Wenn mich nicht alles täuscht, Herr Kollege Wörner, konnten Sie die Energiewende alleine nicht schaffen, obwohl die SPD von allen Fraktionen auf Bundesebene unglaublich lang an der Regierung war, erst in der rot-grünen Koalition und dann in der Großen Koalition. Wo blieb denn die Energiewende bei Rot-Grün? Jetzt haben Sie den Gasmann Nummer eins, Herrn Schröder. Die GRÜNEN haben den Nabucco-Gasman Nummer eins, Joschka Fischer. Umso erstaunlicher ist es,

dass sich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen beim Zubau von Gaskraftwerken mit einer verfehlten Klimaschutzpolitik so schwer tut. Dort sind Reden und Handeln immer zwei verschiedene Paar Stiefel.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Schauen wir nach Baden-Württemberg. Man könnte meinen, dass dort die Energiewende ohne Ende sprießt. Dort haben wir einen grünen Ministerpräsidenten. Baden-Württemberg müsste doch weit vorangehen. Mit Neid schauen sie auf Bayern. In Baden-Württemberg laufen die Atomkraftwerke noch immer. Wir können uns auch kleinere Einheiten anschauen. Ich weiß, dass Sie jetzt unruhig werden; denn jetzt komme ich zum wunden Punkt. In München haben wir seit Jahren - ich füge hinzu: viel zu lange! - Rot-Grün. Die rot-grüne Stadtregierung in München hat es nicht geschafft, sich von ihrem eigenen Atomkraftwerk Isar 2 zu verabschieden. Das ist die Tatsache. Das rot-grüne Getöse hier im Parlament ist in der Realität draußen nur ein laues Lüftchen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir können auf das, was wir in Bayern vorgelegt haben, stolz sein. Ich bin mir ganz sicher, dass die vielen Bürgerinnen und Bürger, die draußen aktiv mitmachen wollen, jetzt Vertrauen in die Regierung und in die Energiewende haben; denn Schwarz-Gelb bringt endlich einmal das Reden und das Tun bei der Energiewende miteinander in Einklang.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Albert Füracker das Wort.

Albert Füracker (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich feststellen, dass die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke und der Betrieb von Kernkraftwerken in Bayern offensichtlich nicht dazu beigetragen haben, dass regenerative Energien verhindert werden. Kollege Thalhammer hat es angesprochen. Schon weit vor Fukushima und weit vor einer Koalitionsregierung in Bayern waren wir mit Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik spitze. Als Windkraftträder nur bis zu einer Höhe von 65 Metern gebaut werden konnten, waren sie in Bayern schon aus technischen Gründen weniger in der Lage, Windstrom zu erzeugen, als jetzt, da die Windkraftträder bis zu 150 Meter hoch gebaut werden können. Das erschließt sich auch von selbst. Dass die Windkraftträder an der Küste eine längere Tradition haben als in Bayern, ist auch eine Wahrheit. Die Frage lautet: Macht es einen Sinn, dass wir neben der sachlichen Debatte, die wir in der Energiekommission führen, hier wie-

der eine parteipolitische Auseinandersetzung betreiben, mit der wir der Angelegenheit nicht gerecht werden?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wie viel staatliches Geld ist notwendig, wie viel Geld muss der Haushalt in Bayern ausweisen, um die Energiewende voranzubringen? Ich sage Ihnen: Es ist sehr viel privates Kapital unterwegs. Unsere Aufgabe muss es in erster Linie sein, dieses private Kapital zu akquirieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Die Energiewende wird vor Ort organisiert und muss funktionieren. Das wurde schon ein paar Mal gesagt.

Ich komme aus einem Landkreis, aus dem wir Vollzug melden können. In meinem Heimatlandkreis Neu- markt werden 50 % des Stroms regenerativ erzeugt. Dazu bedarf es keiner staatlichen Initiativen, keiner Energieagenturen und Ähnlichem. Wir haben dieses Konzept vor Ort entworfen, das jetzt immer wieder gefordert wird: Der Staat soll es machen, quasi allen überstülpen.

Meine Damen und Herren, vor Ort sind wir manchmal stärker, als mancher hier im Landtag glauben mag. Wir haben vor Ort längst die Erfolge, die Sie hier annehmen. Der Landkreis wurde deswegen noch von Minister Dr. Söder zum Windenergiestützpunkt erklärt. Es geht nicht mehr um die Frage, wie wir die Anlagen zur Stromproduktion möglichst schnell ausbauen. Ich mache mir darüber überhaupt keine Sorgen. Bis zum Jahr 2020 werden diese Anlagen bereitstehen. Wir werden leicht bis zum Jahr 2020 50 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien produzieren können, wie das heute in den Konzepten steht. Wir haben in der Energiekommission gehört, dass das größere Problem ist, wie wir den Strom zu den Menschen bringen und wie wir den Strom speichern können. Die Netze und die Stromspeicherung sind die Problemfelder, auf die wir uns stürzen sollten, anstatt uns gegenseitig immer vorzuhalten, wie man ein Windrad am besten baut. Die Verantwortlichen vor Ort wissen das viel besser. Ich sage Ihnen voraus, dass die trotzdem Windräder bauen werden, auch wenn wir uns hier streiten. Sie werden sehr gut planen und nicht abwarten, ob die Energiekommission irgendwann ein Konzept auf den Weg bringt, das vorgibt, wo Windräder stehen sollen. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Die Aufgabe der Energiekommission und des Landtags ist es vielmehr, bei den Menschen für die Notwendigkeit der Energiewende zu werben; denn selbst wenn wir 50 % des Stroms aus erneuerbaren Energi-

en gewinnen, werden immer noch 50 % des Stroms aus anderen Quellen produziert. Deswegen kommt es heute darauf an, bei den Menschen Verständnis zu schaffen. Weltweit verbrauchen die Menschen in einem Jahr so viele fossile Brennstoffe, wie in 500.000 Jahren entstanden sind. Das müssen wir den Menschen sagen. Deswegen ist die Debatte darüber, ob auf jedem Hügel ein Windrad stehen muss oder nicht, eine Debatte von gestern. Die Frage wird nicht mehr sein, ob uns das gefällt, sondern die Frage wird sein, wo es notwendig ist. Der Strom muss dort erzeugt werden, wo er verbraucht wird. Natürlich ist ein Windrad nicht unbedingt schön, aber auch eine Bohrinsel in der Nordsee ist nicht schön; wir sehen sie nur nicht. Unsere Aufgabe ist es, durch Bayern zu fahren, mit den Menschen zu reden und für diesen Weg zu werben. Dabei befinden wir uns auf einem sehr guten Weg.

Natürlich dürfen wir die Wirtschaft und die Wissenschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei der Speichertechnologie hat sich die deutsche Ingenieurskunst, bisher jedenfalls, nicht mit Ruhm bekleckert. Auch da müssen wir Leistungen einfordern. Wir müssen auch Innovationen in Bereichen wie der energetischen Sanierung einfordern. Ich halte es nicht für sehr kreativ, unter energetischer Sanierung nur das Ankleben von Styroporplatten an Wände zu verstehen. Wir müssen der Wissenschaft und der Wirtschaft einen Auftrag geben und sie staatlich unterstützen, um Innovationen anzuregen. Dann erreichen wir gemeinsam das, was wir wollen. Eine echte Energiewende erreichen wir nicht durch den Glauben daran, dass wir politisch profitieren, wenn wir jenseits der Energiekommission große Schaufensterdiskussionen führen.

Ich bedanke mich und wünsche ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Füracker. - Als Nächster hat Kollege Markus Blume das Wort. - Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Aktuellen Stunden hier im Hohen Haus ist es so eine Sache; man fragt sich ein ums andere Mal, wo die Aktualität liegt. Ich frage mich das auch bei Ihnen, Herr Hartmann. Wir haben jede Woche mit diesem Thema zu tun. Ich war bisher der Meinung, dass wir die Energiekommission des Bayerischen Landtags geschaffen haben, um eine Plattform zu haben, auf der wir diese Fragen diskutieren. Leider, Herr Hartmann - ich muss das so formulieren -, bringen Sie in diesen Sitzungen

immer nur weitere Fragen. Antworten habe ich von Ihnen bisher nur wenige gehört.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe aber verstanden, worin für Sie die Aktuelle Stunde begründet liegt. Die "Süddeutsche Zeitung" hat heute getitelt: "Grün welkt". Das ist wahrscheinlich eine sehr treffende Analyse. Jetzt verstehe ich auch, warum Sie das Thema immer wieder aufrufen. Sie versuchen, mit viel heißer Luft den grünen Ballon wieder steigen zu lassen. Das gelingt Ihnen aber nicht mehr. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir uns gemeinsam dafür entschieden haben, die Energiewende anzugehen.

Sie fragen: "Wo bleibt die Energiewende?" - Ich muss jedoch Sie fragen: Wo bleibt Ihr Beitrag? Wo bleibt der Beitrag der GRÜNEN? - Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Ihnen vorzuhalten, dass sich die GRÜNEN der Energiewende nach wie vor verweigern. Von Ihnen ist leider nichts Positives gekommen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ganz neu!)

Die alten Baustellen bestehen weiter. Sie wettern von Rödental bis hoch in die Uckermark gegen den Bau neuer Hochspannungsleitungen. Folgerichtig sind Sie auch gegen viele andere Projekte: in Mittelfranken gegen die Windkraft, in Riedl gegen das Pumpspeicherkraftwerk, in Augsburg gegen ein Wasserkraftwerk, in Bernried gegen Geothermie, und in Garching stimmten Sie schon 2009 gegen eine Fernwärmeversorgung aus regenerativen Energien.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Hartmann, so funktioniert die Energiewende nicht.

(Alexander König (CSU): Die schmerzhafteste Wahrheit! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung kann die Frage nach der Energiewende sehr wohl beantworten; in den nächsten fünf Jahren gibt sie dafür eine Milliarde zusätzlich. Das steht im Entwurf des Nachtragshaushalts. Eine solche Ansage hat kein anderes Land in Deutschland gemacht: Neue Forschungs- und Entwicklungszentren für Energiespeichersysteme, für Elektromobilität - und die Einrichtung der Energieagentur; hier werden alle Kompetenzen im Freistaat zusammengezogen. Ich finde, das ist ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Debatte und dazu, die Energiewende voranzubringen. Überall in

Bayern herrscht Aufbruchstimmung, Herr Hartmann, nur bei Ihnen und in Ihrer Fraktion leider nicht.

(Lachen der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich muss Sie noch einmal fragen: Wo ist Ihr Beitrag? - Ich gebe Ihnen etwas Hilfestellung - es wäre gut, wenn Sie zuhören würden -, was Sie tun könnten:

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien könnte Rot-Grün tatsächlich viel auf den Weg bringen. Ich kann es Ihnen, lieber Herr Wörner, nicht ersparen, den Blick einmal nach München zu richten. Sie haben hier gerade ein wenig sagendes Beispiel gebracht, was die Stadtwerke München Tolles auf den Weg gebracht hätten. Natürlich haben Sie große Worte im Mund geführt: Bis zum Jahr 2025 wollten Sie die Energieversorgung in München ökologisch umbauen. Die Stadtwerke machen die Energiewende aber nicht in Bayern. Sie machen sie anderswo, in Spanien, oder mit Offshore-Windparks in Großbritannien. So war nicht gewettet; denn dafür brauchen sie die Trassen. Sie, Herr Wörner, wollen die lokale Energiewende. Wo ist der Beitrag der Stadtwerke München, Herr Wörner?

(Alexander König (CSU): Fehlanzeige!)

Und ich rede nicht einmal von der Beteiligung an Isar 2. Das ist ebenso unehrlich in der Debatte.

Ich würde mir von Rot-Grün einen stärkeren Beitrag wünschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Einen Windpark in Perlach und in Trudering?)

- Sie sagen doch, die Energiewende muss regional funktionieren.

(Franz Maget (SPD): Windräder am Marienplatz!)

Dann müssen Sie Ihre Intelligenz einsetzen und dort, wo Sie Verantwortung tragen, solche Projekte auf den Weg bringen.

Die Stadtwerke München bauen zwar Solargroßkraftwerke in Deutschland, aber eben nicht hier in der Region. Das muss verwundern.

Sie könnten aber noch einen weiteren Beitrag leisten. Herr Hartmann, Herr Wörner und die anderen Kollegen: Sie könnten mithelfen, die Zielkonflikte aufzulösen. Herr Wörner, Sie können doch nicht einerseits nach mehr Photovoltaik und anderen regenerativen Energien rufen und andererseits bejammern, dass die Wälzungssumme immer größer wird und auf immer

weniger Schultern ruht. Wie soll diese Rechnung aufgehen? - Darauf erwarte ich von Ihnen eine Antwort.

Herr Hartmann, Sie sind sehr gut im Fragenstellen. Sie stellen mehr Fragen, als alle Experten in diesem Land jemals beantworten könnten. Damit bringen wir die Energiewende aber nicht voran. Sie haben Ihren Vortrag hier mit der Aussage geschlossen, dass es beschämend sei. Beschämend ist, was Sie bisher zur Energiewende geleistet haben, und beschämend ist, wie Sie sich an anderer Stelle äußern. Ich möchte dem Kollegen Reiß für seine exzellente Arbeit danken. Ihr Blog, Herr Hartmann, über die Energiekommission ist wirklich beschämend. Was Sie dort von sich geben, ist Agitation und kein Beitrag zur Energiewende.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Maria Scharfberg (GRÜNE): Was machen Sie zur Energiewende?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Martin Zeil das Wort. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist in vollem Gange. Aber sie findet weitgehend ohne die GRÜNEN statt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Im Gegenteil, sie wird von ihnen weitgehend blockiert. Das habe ich heute schon beim Frühstück festgestellt, als ich meine Heimatzeitung aufgeschlagen habe. Schlagzeile auf Seite 1: "GRÜNE gegen Geothermie". Das ist Ihre Arbeit, das ist Ihr Beitrag. Beim Netzausbau - Kollege Blume hat es schon angesprochen - agitieren Sie gegen die in Süddeutschland dringend gebrauchten Hochspannungsleitungen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wo denn? - Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die GRÜNEN im Raum Coburg sagen, es gebe keine stichhaltigen Belege.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Frau Kollegin Gote, Sie haben in diesem Hause erklärt, die Notwendigkeit des Neubaus sei noch nicht bewiesen. Das war Ihre Erklärung. Die Bundesnetzagentur hat längst festgestellt, dass wir diese Leitung dringend brauchen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen sage ich Ihnen: Das ist die Doppelzüngigkeit, die Sie uns bei dieser Frage vorleben. In diesem Hause reden Sie gescheit daher, und vor Ort hintertreiben Sie die Energiewende.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Sie stellen hübsche Anträge zu Speicherkonzepten. Wir haben Ihre Kritik noch in guter Erinnerung, als es im Falle des Pumpspeicherkraftwerks Riedl konkret geworden ist. Sie reden in diesem Hause anders, als Sie vor Ort handeln.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nach Meinung der GRÜNEN sollen Gaskraftwerke nur mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden. Das ist jedoch nur sinnvoll, wenn sich große Wärmeabnehmer in der Nähe des Kraftwerks befinden. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie sollten eigentlich wissen, dass wir zum Ausgleich der schwankenden Solar- und Windstromerzeugung hoch effiziente stromgeführte Gaskraftwerke brauchen - ohne Wärmeauskopplung.

Die CCS-Technologie bietet einen möglichen Ansatz, der Klimaerwärmung, die Sie immer so beklagen, entgegenzuwirken. Sie stemmen sich von vorneherein gegen die Entwicklung und Erprobung dieser Technologie. Wo sind Sie, wenn es um Innovationen geht? Sie machen sich aus dem Staub. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege Wörner hat das Hohelied der Energieeffizienz und des Energiesparens beispielsweise bei der Wärmedämmung gesungen. Warum geben Sie nicht endlich die Blockade im Bundesrat auf, damit die Gebäudesanierung endlich steuerlich gefördert wird?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie könnten ganz konkret etwas machen. Solange Sie das nicht tun, sind Ihre Reden scheinheilig.

Hören Sie auf, mit Krokodilstränen den Abbau von Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft zu beklagen. Vor Kurzem haben Sie noch vor den Toren der Werke demonstriert. Sie agitieren bis heute gegen die großen Stromversorgungsunternehmen. Ihre Energiepolitik richtet sich nach dem Motto: Small is beautiful. Ihre Dezentralisierungsmantik taugt zwar für das Bilderbuch, aber nicht für die energiewirtschaftliche Realität.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bei der Umstellung der Energieversorgung ist Bayern vorne. Mit unserem Konzept wollen wir es schaffen, in zehn Jahren 50 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Staatsregierung unterstützt diesen Weg mit voller Kraft. Kein anderes Bundesland hat in dieser Geschwindigkeit ein neues, umfassendes und konkretes Energiekonzept auf den Weg gebracht. Das ist unser Masterplan für die Umstellung der Energieversorgung. Die Energieagentur arbeitet. Die Zeiten des Redens sind vorbei. Ich sage an alle, die sich gegenwärtig öffentlich äußern: Beteiligt euch und arbeitet endlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen hat die Staatsregierung die notwendigen Ansätze im Nachtragshaushalt vorgelegt. Wir werden in den nächsten fünf Jahren zusätzlich mehr als eine Milliarde Euro für die Energiewende ausgeben. Ihren Hinweis auf ein Nachtragshaushältchen brauchen wir nicht. Wir haben einen kraftvollen Nachtragshaushalt 2012 vor allem für die Energieforschung und die Energieeffizienz auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir werden die staatlichen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verbessern. In Kürze werden wir den Windenergieerlass veröffentlichen. Dadurch werden die Hemmnisse für Genehmigungen abgebaut und das Verfahren beschleunigt. Nach dem, was ich aus Baden-Württemberg höre, sind die weit hintendran.

Wir nutzen ebenfalls die Instrumente der Raumordnung. Im neuen Landesentwicklungsprogramm werden wir die regionalplanerische Steuerung der Windkraftanlagen als Pflichtaufgabe der regionalen Planungsverbände festlegen. Wir fördern die Entstehung von regionalen Energiekonzepten und Energienutzungsplänen. Das wollen und werden wir koordinieren. Ich höre schon wieder, wir bräuchten einen staatlichen Leitplan und Leitlinien dafür, das höre ich zum Teil auch aus der Wirtschaft. Meine Damen und Herren, ich sage Ja zur Koordinierung, warne aber vor der Illusion, dass wir durch die Wiedereinführung einer Planwirtschaft das Thema bewältigen könnten. Das wird nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir fordern die Bundesregierung auf, durch die Bundesnetzagentur die Versorgungssituation Süddeutschlands schnell untersuchen und bewerten zu lassen. Für den Bau neuer flexibler Gaskraftwerke brauchen wir attraktive Konditionen, sei es durch ein wirkungsvolles Kraftwerksförderprogramm, die attraktive Ausgestaltung des Kraft-Wärme-Kopplungsgeset-

zes oder durch Kapazitätsmechanismen. Wir brauchen eine investitionsfreundliche Netzregulierung.

Herr Kollege Hartmann, Sie haben die Kosten angesprochen. Sie haben sich nie darüber Gedanken gemacht, was die EEG-Umlage für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Herr Kollege Wörner, hören Sie zu, dann lernen Sie etwas.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie haben sich dem Thema "Kostensteigerung" sowohl bei der Ökosteuer als auch bei der EEG-Umlage immer verweigert. Wir packen dieses Thema endlich an.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Das ist unglaublich!)

- Ich sehe, außer Lärmemissionen trägt die Opposition heute nichts bei. Jeder leistet eben seinen eigenen Beitrag zur Umwelt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir führen mit dem Bund intensive Gespräche. Der Umbau der bayerischen Energieversorgung ist im vollen Gange. Wer sich in den Kommunen, der Wirtschaft und bei den Bürgerinnen und Bürgern umhört, der spürt, dass wir am Anfang einer gewaltigen Investitionswelle bei Windkraftwerken stehen. Wir kämpfen mit aller Kraft für optimale Rahmenbedingungen für kommende Energieinvestitionen, egal ob auf europäischer Ebene, Bundes- oder Landesebene. Ich bitte Sie - das gilt vor allem für die Damen und Herren der GRÜNEN -, nicht am Wegesrand zurückzubleiben und den Einstieg in die innovative Entwicklung Bayerns zu versäumen. Wir, die Koalition aus CSU und FDP, gehen gerne voran.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eines Bayerischen Gesetzes über die Finanzierung der Bildungsarbeit der parteinahen politischen Stiftungen